

## **Einfach dabei sein – fair und bezahlbar**



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Behindertenpolitik  
Beschlussdatum: 05.01.2025

### **Änderungsantrag zu WP-01-K2**

**Von Zeile 192 bis 193 einfügen:**

Betrieben, ihren Investitionsmöglichkeiten und ihren Arbeitsplätzen zusammenbringen. **Zu Gerechtigkeit gehört auch, dass alle vom Einsatz von Steuern und öffentlichen Geldern profitieren können, weshalb wir sie konsequent an Inklusion und Barrierefreiheit binden.**

### **Begründung**

Wir alle finanzieren unser Gemeinwesen mit Steuern - auch Menschen mit Behinderungen. Es ist 15 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention nicht länger hinnehmbar, dass ihr Beitrag zu unserer Gesellschaft so investiert wird, dass sie weiterhin ausgeschlossen werden. Das betrifft beispielsweise Bauten, die nicht konsequent barrierefrei sind, Fördergelder für Unternehmen, die ihrer Pflicht zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen nicht nachkommen oder Forschungsgelder für Projekte, die die Belange von Menschen mit Behinderungen nicht berücksichtigen. Zudem wird der Anteil von Menschen mit Behinderungen in einer alternden Gesellschaft immer größer. Es ist schlicht nicht nachhaltig, weiter in exklusive Strukturen zu investieren, um dann mit hohem Einsatz individuelle Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen zu finanzieren. Beispielsweise fehlen gut 2 Millionen barrierefreie und altersgerechte Wohnungen. In der Folge gehen Menschen, die darauf angewiesen sind in Pflegeeinrichtungen, für die wir über die Hilfe zur Pflege dann wiederum enorme Steuermittel einsetzen müssen.